

## Die Zukunft der europäischen Wirtschaftsintegration Blockierte Vertiefung und wachsende Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland<sup>1</sup>

Mit der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten hat die Diskussion über eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine neue Dynamik bekommen. Seine Forderungen nach der Einsetzung eines europäischen Finanzministers für die Eurozone mitsamt einem eigenen Budget in Höhe von „mehreren Prozent des BIPs“ hat auch innerhalb der europäischen Linken die Debatte über progressive Reformen der WWU neu entfacht. Politisch scheinen die Ideen von Macron mit jenen Forderungen nach der Schaffung einer Sozialunion und einer tiefgreifenden Veränderung der Eurozone vereinbar zu sein. Viele politische BeobachterInnen versprechen sich daher von Macron einen „Politikwechsel“ (Leggewie 2017: 45) in Europa und die Entwicklung einer neuen Integrationsdynamik dank seiner europapolitischen Vorschläge (Hölschi 2017; James 2017). Allein die Aussicht darauf, dass Frankreich wieder eine größere Rolle in der Europapolitik spielen könnte als zuletzt in der Regierungszeit von François Hollande, ließ vor allem die sozialdemokratische Linke von einem „Möglichkeitsfenster für eine progressive Reform der Eurozone“ (Enderlein u.a. 2017) träumen. Sie argumentieren, dass sich durch Macrons Wahlerfolg ein Raum geöffnet habe, um Eurobonds oder eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung mitsamt Budget und Interventionskompetenzen durchzusetzen. John Grahl (2017: 2) schreibt etwa, dass seine Wahl ein Impuls ist, „welcher die Deutschen zu einer Reform der EU und der Eurozone bewegen kann“.

Die Euphorie nach dem Juni-Gipfel des Europäischen Rates schien den optimistischen BeobachterInnen Recht zu geben. Der deutsch-französische Integrationsmotor, der zwischenzeitlich arg ins Stottern geraten war, begann augenscheinlich wieder zu brummen. Da der „deutsch-französische Bilateralismus“ (Krotz/Schild 2013) mit seiner spezifischen Kompromissdynamik in der Vergangenheit immer wieder eine zentrale Rolle für konstitutionelle Veränderungen auf der europäischen Ebene spielte, galt nun auch die lang verschleppte Reform der Eurozone

---

1 Für Hinweise und Anmerkungen danken wir Alex Demirović, Thomas Sablowski, Joscha Abels und Ingo Stütze.

wieder als realistisches Szenario (Vogel 2017). Waren seit dem Ausbruch der Krise verschiedene Versuche, die Architektur der Eurozone grundlegend zu reformieren, an der Blockadehaltung der deutschen Bundesregierung gescheitert, so gaben sich die VertreterInnen Deutschlands nun offen für die Reformvorschläge des neuen französischen Staatspräsidenten (Parker/Pye 2017). Nach seiner Wahl betonten sowohl der damalige deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass sie seinen europapolitischen Vorschlägen einer Investitionsoffensive sowie der Schaffung eines Finanzministers mitsamt eigenem Budget offen gegenüberstehen. Die deutsche Bundesregierung schien sich offensichtlich einer Weiterentwicklung der Eurozone zu einer politischen und Fiskalunion nicht weiter zu versperren. Noch auf dem Juni-Gipfel wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die auf der Grundlage der bisherigen Reformdiskussion einen Fahrplan für die Vertiefung der Eurozone ausarbeiten soll. Selbst nach der Bundestagswahl im September 2017 blieb die positive Haltung der deutschen Bundesregierung gegenüber den Reformplänen des französischen Präsidenten erhalten. Europa müsse auf neue Füße gestellt werden, betonte etwa die deutsche Kanzlerin nach der EU-Grundsatzrede von Emmanuel Macron am 26. September 2017 und vermittelte eine inhaltliche Übereinstimmung.

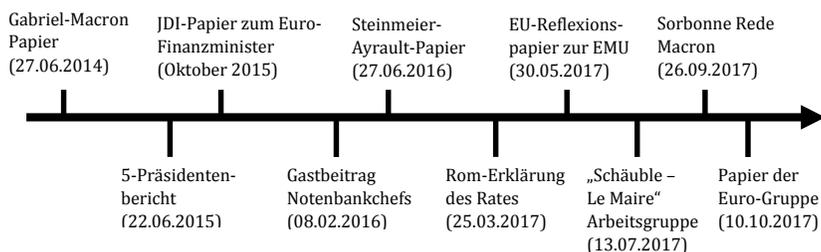
Im Folgenden argumentieren wir demgegenüber, dass die Diskussion über die Vertiefung der WWU trotz oberflächlicher Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland durch zwei stark divergierende Lesarten der verschiedenen Reformvorschläge in der aktuellen europapolitischen Debatte geprägt ist. Die v.a. von Frankreich und den südeuropäischen Ländern vertretene Lesart der Reformvorschläge ist, so unser Argument weiter, aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Asymmetrien in der Eurozone nicht in dieser Form durchsetzbar, da die spezifische Kompromissdynamik zwischen Frankreich und Deutschland, und damit eine gemeinsame Reformagenda, blockiert ist.

## 1. Die aktuelle Reformdiskussion über die Zukunft der WWU

Angestoßen wurde die Diskussion über die Reform der Eurozone im Juni 2015 von den Präsidenten der fünf europäischen Institutionen (EU-Kommission, Europäischer Rat, Europäisches Parlament, Europäische Zentralbank und Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN), dem alle EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen angehören). Auf dem Höhepunkt der sogenannten Griechenlandkrise stellten sie einen Bericht vor, in dem sie, ergänzend zu den kriseninduzierten austeritätspolitischen Instrumenten, einen langfristigen Fahrplan zur „Vollendung“ der Wirtschafts- und Währungsunion skizzieren (Juncker u.a. 2015; Schneider/Syrovatka 2017). Die Krisenanalyse des Berichts basierte auf den

2012 veröffentlichten Roadmaps der Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments, knüpfte jedoch in den vorgeschlagenen Integrationsschritten zugleich an die Ergebnisse der deutsch-französischen Wirtschaftsgipfel zwischen 2013 und 2015 an (Hacker 2015). Seit der Veröffentlichung des gemeinsamen Papiers entwickelte sich eine institutionenübergreifende Diskussion über die Weiterentwicklung der WWU, welche in jüngster Zeit mit der Diskussion über die Zukunft der EU vermischt wird.

Abbildung 1: Zeitstrahl der Diskussion



Vor allem die Europäische Kommission (COM 2017a, 2017b) legte mit dem *Weißbuch zur Zukunft der EU* und dem daran anknüpfenden *Reflexionspapier zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion* zwei zentrale Diskussionspapiere vor. Darin knüpft die Kommission an die Vorschläge des 5-Präsidentenpapiers an, aktualisiert diese und entwickelt sie teilweise weiter (COM 2017a: 7). So werden konkrete Schritte und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der WWU sowie eine engere Verknüpfung zwischen den Euroländern und der EU skizziert. Einen weiteren Diskussionsbeitrag steuerten die europäischen Staats- und RegierungschefInnen in der Erklärung von Rom zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge bei, in dem sie erklärten, „wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität“ (ER 2017: 2) den Integrationsprozess voranzutreiben (vgl. zur Übersicht Abb. 1)<sup>2</sup>.

Die Diskussion über die architektonische Reform der Eurozone konzentriert sich dabei weitgehend übereinstimmend auf drei zentrale Projekte: 1.) den Eurozonen-Finanzminister, 2.) eine europäische Fiskalkapazität und 3.) die Ausweitung der

2 Emmanuel Macron (2017) bezog sich in seiner vielbeachteten europapolitischen Grundsatzerede in der Pariser Sorbonne auf diesen Vorschlag und forderte eine engere Kooperation der Eurostaaten als eine Art Kerneuropa. Mit dieser Strategie sollen die politischen Widerstände v.a. aus den osteuropäischen Ländern für eine tiefere Integration umgangen und mit der Euro-Gruppe eine Art Pionierorganisation für den Integrationsprozess gebildet werden. Die Euro-Gruppe ist bisher ein informelles Gremium der Euro-Wirtschafts- bzw. Finanzminister. Ein solches Vorgehen bedeutet jedoch ein formales Auseinanderbrechen der EU in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten bzw. in ein Europa des Zentrums und der Peripherie.

demokratischen Rechenschaftspflicht der WWU. In der Diskussion über die konkrete Ausgestaltung dieser Projekte lassen sich jedoch zwei divergierende Ansätze<sup>3</sup> identifizieren, die sich in unterschiedlichen Lesarten der zentralen Reformprojekte widerspiegeln. Auf der einen Seite steht der deutsche Ansatz der „Stabilitätsunion“. Die unterschiedlichen Vorschläge fungieren hier als Instrumente zur Durchsetzung der Austeritätspolitik. Finanzielle Transfers zwischen den Euroländern oder die Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken sollen auf ein Minimum begrenzt werden. Dem gegenüber interpretiert der französische Ansatz die Projekte als eine supranationale Kompetenzerweiterung der EU hin zu einer „politischen Union und Fiskalunion“. Insbesondere die Vorschläge eines Eurozonen-Finanzministeriums und einer europäischen Fiskalkapazität stehen aus französischer Sicht für eine europäische Wirtschaftsregierung mit ausreichenden Ressourcen, die den Ungleichgewichten im Euroraum entgegensteuern kann, indem bspw. wirtschaftliche Einbrüche in einzelnen Ländern stärker fiskalisch abgedeckt werden.

Beide Ansätze bringen zunächst die divergierenden *ökonomischen* Interessen von nord- und südeuropäischen Ländern bzw. von Schuldner- und Gläubigerländern in der WWU<sup>4</sup> zum Ausdruck (Heine/Sablowski 2015; Kudrna 2017). Diese Interessen ergeben sich insbesondere aus der jeweiligen Stellung der Länder innerhalb der hierarchischen Arbeitsteilung des Euroraums, auf die wir weiter unten genauer eingehen (vgl. auch Becker/Jäger 2012). *Ideologisch* speisen sich die beiden Ansätze in der aktuellen Reformdiskussion aus den divergierenden Traditionen wirtschafts-

---

3 In der Diskussion gibt es darüber hinaus einen supranationalen Ansatz, welcher sich in der Perspektive der Europäischen Kommission widerspiegelt und sich zuletzt vor allem in der *State-of-the-Union*-Rede von Jean-Claude Juncker gezeigt hat. Dieser ist den beiden anderen Ansätzen untergeordnet, versucht jedoch die einzelnen Reformvorschläge, unabhängig von ihrer jeweiligen Interpretation, innerhalb der Debatte für einen Ausbau der supranationalen Kompetenzen flexibel nutzbar zu machen.

4 Hierbei nehmen wir an, dass einzelne Mitgliedsstaaten, insbesondere die beiden mächtigsten Deutschland und Frankreich, weiterhin entscheidend die Dynamik und Form des europäischen Integrationsprozesses prägen (vgl. Bieling/Deppe 1996). Dies bedeutet nicht, dass wir irgendwie geartete „essentielle“ (deutsche oder französische) Nationalinteressen unterstellen. Vielmehr verstehen wir den europäischen Integrationsprozess als „Verdichtung von Kräfteverhältnissen zweiter Ordnung“ (Brand u.a. 2007), d.h. als eine Verdichtung der Kräfteverhältnisse von Klassen und Klassenfraktionen auf der europäischen Ebene auf der Grundlage einer Verdichtung von Kräfteverhältnissen auf der nationalstaatlichen Ebene, die zugleich auf diese Verdichtungsebene zurückwirkt. Dies widerspricht nicht der relativen Autonomie und Bedeutung transnationaler Akteure, wie beispielsweise der Europäischen Kommission oder dem European Roundtable of Industrialists, aber relativiert sie im Verhältnis zu den Mitgliedsstaaten, besonders in Deutschland und Frankreich, und unterstreicht, dass verschiedene Akteure wie Ministerien oder Arbeitgeberverbände sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf europäischer Ebene agieren (Syrovatka 2016: 217ff.).

politischen Denkens in Deutschland und Frankreich, deren Widerstreit bereits in der Vergangenheit die europapolitischen Positionen beider Länder grundlegend geprägt hat (Stützle 2013: 114ff.). So gilt in Frankreich die Ökonomie grundsätzlich als Gegenstand umfassender, diskretionärer (d.h. Ermessensspielraum lassender) staatlicher Steuerung und Eingriffen im Sinne des „Gemeinwohls“ (Dirigismus). Dagegen sieht die deutsche wirtschaftspolitische Konzeption des Ordoliberalismus für den Staat lediglich eine allgemeine, nicht-diskretionäre (d.h. regelgebundene) Ordnungsfunktion vor, die – in Verbindung mit korporatistischen Arrangements – für stabile Rahmenbedingungen (insbesondere durch inflationsvermeidende Geld- und Hartwährungspolitik) sorgt (vgl. Stützle 2013: 114ff.; Clift/Ryner 2014). Nicht zuletzt sind beide Lesarten von *politischen* Kalkülen geprägt. So verknüpft die französische Regierung seit den Verträgen von Maastricht und der Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung mit ihrer Forderung nach der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung die Hoffnung, nationale Handlungsspielräume zu erweitern und zugleich die deutsche Vormachtstellung in der EU einzuschränken. Mit einer aktiven europäischen Wirtschaftsregierung, so die strategische Überlegung, könnte die Dominanz der deutschen Bundesbank gebrochen und eine gesamteuropäische Währungspolitik ermöglicht werden. Das deutsche Kalkül beruht dagegen auf der institutionellen Festschreibung der deutschen Stabilitätskultur und der gleichzeitigen Festigung der eigenen politischen Dominanz in der EU, welche nicht zuletzt auch mit geopolitischen Interessen verbunden ist. Die zwei divergierenden Ansätze in der aktuellen Diskussion über die WWU-Reform müssen daher vor dem Hintergrund unterschiedlicher Modelle von „Akkumulationsstrategien“ im Sinne Bop Jessops (1990: 197ff.) verstanden werden, welche durch die politischen, ökonomischen und ideologischen Faktoren nationaler Entwicklungspfade bestimmt sind und den jeweiligen Lesarten in der Debatte zugrunde liegen.

Der französische Ansatz wird in der europapolitischen Diskussion, zumindest im Vergleich zur deutschen, häufig als „progressiv“ wahrgenommen. Diese Einschätzung mag angesichts von Macrons neoliberalem innenpolitischen Reformkurs<sup>5</sup> verwundern. Sie kann sich jedoch insbesondere auf das französische Projekt beziehen, wirtschaftspolitische Kompetenzen auf der europäischen Ebene zu erweitern und – wie beispielsweise bei Macrons Vorschlag eines Eurozonenparlaments – stärker demokratisch rückzubinden. Damit lasse sich, so die Hoffnung, auch die „Fehlkonstruktion des Euros“ beheben, d.h. die Einführung einer

---

5 So hatte es Macron schon als Wirtschaftsminister geschickt verstanden, die Ebene der EU zu nutzen, um neoliberale Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik innenpolitisch durchzusetzen (vgl. Syrovatka 2016). Auch in der aktuellen Reformdiskussion sind strategische Ähnlichkeiten zu vorherigen innenpolitischen Diskussionen nicht zu verkennen.

gemeinsamen Währung ohne europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die Asymmetrien und Entwicklungsunterschiede zwischen Ländern und Regionen ausgleichen kann (so z.B. Busch u.a. 2016). Der rationale Kern dieser Einschätzung liegt darin, dass sich mit der Umsetzung der französischen Vorschläge tatsächlich Spielräume für wirtschaftspolitische Intervention und Regulierung zurückgewinnen ließen, die den Mitgliedsstaaten im Zuge der neoliberalen Integrationsweise (Liberalisierung und Deregulierung innerhalb des Binnenmarkts, monetaristische Konstruktion der EZB) entzogen wurden. Ob diese Spielräume für eine „progressive“ Wirtschaftspolitik genützt würden, ist jedoch auch angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse fraglich. Insofern ist nicht ersichtlich, warum ein europäischer Finanzminister oder eine europäische Finanzministerin genuin fortschrittlicher als ein nationaler oder Eurobonds besser als nationale Staatsanleihen sein sollten.

Letztlich entscheidender als die Frage, welche Elemente der französischen Vorschläge potenziell als progressiv einzuschätzen sind, ist aus unserer Sicht aber die Frage, welche Lesart der aktuellen Vorschläge sich überhaupt durchsetzen könnte. Daher werden im Folgenden die Lesarten der jeweiligen Vorschläge beleuchtet sowie im anschließenden zweiten Teil deren Durchsetzungsfähigkeit vor dem Hintergrund der aktuellen Verschiebungen innerhalb der europäischen Arbeitsteilung diskutiert.

## Das Projekt eines europäischen Finanzministeriums

Der wohl meistdiskutierte *Vorschlag eines Finanzministers* (1) für die Eurozone ist besonders stark von den unterschiedlichen Lesarten geprägt. Der Ursprung des Vorschlages findet sich im 5-Präsidentenpapier (2015), in welchem die Präsidenten der fünf europäischen Institutionen für einen ständigen und hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurozone plädierten, der als eine Art Finanzminister die nationalen Haushalte der Mitgliedsstaaten überwachen soll (Juncker u.a. 2015: 20). Das Konzept wurde im Reflexionspapier (2017) der Europäischen Kommission weiter ausgearbeitet. Darin schlägt die Kommission vor, die Euro-Gruppe in eine Ratsformation umzuwandeln und mit eigenen Beschlussfassungskompetenzen auszustatten. Die Funktion eines ständigen Vorsitzenden der Euro-Gruppe sollte mit dem zuständigen Kommissar für die WWU zusammengelegt werden, was die Kompetenzen der Kommission im Bereich der Währungspolitik weiter ausbauen würde<sup>6</sup>. Zugleich soll der Vorsitzende der Euro-Gruppe einem europaweiten Schatzamt vorstehen. Dieses soll die wirtschafts- und haushaltspolitischen Über-

---

6 Interessanterweise spricht die Kommission im ganzen Papier nicht von einem Finanzminister für die Eurozone, sondern nur von einem hauptamtlichen Vorsitzenden der Euro-Gruppe, der letztendlich die Aufgaben eines Euro-Finanzministers übernehmen

wachungs- und Koordinierungsmechanismen bündeln und als Dach für eine gemeinsame Entscheidungsfindung fungieren. Seine Funktion besteht darin, Beschlüsse für gemeinsame fiskalpolitische Gegebenheiten vorzubereiten und auszuführen. Die Beschlussfassung selbst soll jedoch weiterhin bei der Euro-Gruppe liegen (COM 2017a: 28).

In die darauffolgende Diskussion über die Reform der Eurozone sind die Vorschläge des 5-Präsidentenpapiers und der Europäischen Kommission jedoch kaum eingeflossen. Vielmehr wird in der Diskussion primär ein Finanzminister für die Eurozone präferiert, der *eigenständig und unabhängig von den formalen europäischen Institutionen* und damit auch unabhängig vom Europarecht agieren kann. So haben etwa Anfang 2016 die Notenbankpräsidenten Deutschlands und Frankreichs, Jens Weidemann und Francois Villeroy de Galhau<sup>7</sup>, in einem gemeinsamen Gastbeitrag vorgeschlagen, ein gemeinsames Finanzministerium für den Euroraum zu installieren, mitsamt eines unabhängigen Fiskalrats und politischen Steuerungsgremiums. Bereits vor den beiden Vorschlägen hatte das Jacques-Delors-Institut im Oktober 2015 in einer Studie fünf Kernaufgaben eines Eurofinanzministers beschrieben: Überwachung und Koordinierung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik, Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Verwaltung der Inanspruchnahme von Finanzhilfen aus dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), der zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelt werden soll, Abdämpfen asymmetrischer Schocks mittels eines Investitionshaushaltes sowie die Außenvertretung der Eurozone auf der internationalen Ebene (Enderlein/Haas 2015). Die Schaffung eines solchen Amtes würde nach Meinung des Jacques-Delors-Instituts eine Änderung des Primärrechts erfordern, d.h. der grundlegenden EU-Verträge. Eine solche Änderung wird auch von drei Entschlüssen zur institutionellen Reform der WWU präferiert, welche das Europäische Parlament im Vorfeld des 60. Jahrestages der Römischen Verträge Anfang des Jahres 2017 verabschiedet hatte. Darin plädiert das Europaparlament für die Schaffung eines EU-weiten Finanzministers, der sowohl über ein eigenes Budget als auch über weitreichende Steuerungskompetenzen verfügen soll.

Eine Änderung des Primärrechts wurde jedoch in der Vergangenheit von VertreterInnen der europäischen Institutionen wie auch von der deutschen Bundesregierung vehement abgelehnt. In der aktuellen Debatte sprachen sich allerdings auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel<sup>8</sup> sowie der ehe-

---

würde. Hier zeigt sich ein weiteres Spannungsverhältnis in der Debatte zwischen der Europäischen Kommission und der informell agierenden Euro-Gruppe.

7 Gastbeitrag „Europa am Scheideweg“, *Süddeutschen Zeitung* und *Le Monde*, 8.2.2016.

8 Rede beim Tag der Industrie am 20. Juni 2017 in Berlin sowie Interview in der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, 6.7.2017.

malige deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble<sup>9</sup> für die Schaffung eines Euro-Finanzministers aus und begrüßten damit zuletzt öffentlich den Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Dieser scheinbar überraschende Meinungswechsel der deutschen Bundesregierung mag vor allem an den stark divergierenden Vorstellungen zwischen Frankreich und Deutschland liegen, mit welchen Funktionen und Kompetenzen ein solcher Euro-Finanzminister ausgestattet sein sollte: So versteht die *französische Seite* einen europäischen Finanzminister als Teil einer demokratisch legitimierten Wirtschaftsregierung, der sowohl über ein eigenes Budget verfügt als auch mit weitreichenden Interventions- und Stabilisierungskompetenzen ausgestattet ist. Dagegen ist ein Euro-Finanzminister *aus deutscher Sicht* eine „neutrale Instanz“ (Eurogroup 2017), der primär an die Vorgaben der Stabilitätsunion gebunden ist. Vor allem Wolfgang Schäuble und Bundesbank-Chef Jens Weidemann verorten einen Euro-Finanzminister eher im institutionellen Rahmen des ESM. Nach ihren Vorstellungen soll dieser zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) ausgebaut werden und die Haushalte der Mitgliedsstaaten sowie die Einhaltung der europäischen Verschuldungsregeln überwachen. Der Euro-Finanzminister wäre daher in erster Linie Vorsitzender des EWF. Aus ihrer Sicht hätte das mehrere Vorteile. Zum einen müsste eine Weiterentwicklung des ESM nicht durch die europäischen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden, da er auf einem zwischenstaatlichen Vertrag beruht. Zum anderen könnte der ESM als eine „Institution mit klarem Mandat im Hinblick auf solide Staatsfinanzen“<sup>10</sup> ausgerichtet werden und damit die angebotspolitische Stabilitätsorientierung europäischer Wirtschaftspolitik weiter zementieren. Ein Euro-Finanzminister wäre in der deutschen Vorstellung vor allem ein Garant für die Durchsetzung von Haushaltsdisziplin. Die deutsche Position wurde zuletzt von Wolfgang Schäuble in einem inoffiziellen Arbeitspapier der Euro-Gruppe (2017: 1f.) als konkreter Diskussionsvorschlag expliziert.

### Das Projekt einer Fiskalkapazität

Die französische Vorstellung von einem Euro-Finanzminister geht deutlich über die stabilitätsorientierte Konzeption der deutschen Bundesregierung hinaus. Der 5-Präsidentenbericht 2015 hatte die *Einrichtung einer Fiskalkapazität* (2) angeregt, die eine automatische Stabilisierung des Euro-Währungsgebietes gewährleisten und „schwere asymmetrische Schocks“ abmildern soll (Juncker u.a. 2015: 17). Dieser Vorschlag wurde damals vor allem von französischer Seite aufgenommen, weiterentwickelt und mehrfach in die Debatte zur Reform der WWU

9 Interview im *Handelsblatt*, 26.6.2017.

10 Jens Weidmann: Rede an der Ruhr-Universität Bochum, 22.05.2017

eingebracht (MFC 2016; vgl. bereits MFC 2013). So findet sich der Vorschlag etwa in einem gemeinsamen Papier der damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron (2014). Darin wird für die Einrichtung einer gemeinsamen Fiskalkapazität in Form eines Eurozonen-Budgets plädiert, aus dem sowohl Investitionen, als auch Konjunkturstabilisationsinstrumente finanziert werden sollen. Ein jüngeres Papier der beiden damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault (2016) versucht sowohl deutsche als auch französische Vorschläge einzubeziehen und fordert die Weiterentwicklung des ESM zum EWF wie auch die Einrichtung eines gemeinsamen Haushalts für die Eurozone, der „unter Vermeidung dauerhafter einseitiger Transfers“ (ebd.: 10) Investitionen in Krisenländern fördern soll.

Das Reflexionspapier der Europäischen Kommission von 2017 knüpft an diese deutsch-französischen Impulse an, kritisiert jedoch das Konzept einer Fiskalkapazität, die aus dem laufenden EU-Haushalt finanziert werden soll. So gibt die Kommission zu bedenken, dass dieser aufgrund seines begrenzten finanziellen Umfangs und der langfristig ausgerichteten Struktur nur sehr begrenzt fiskalpolitisch stabilisierend wirken kann. Daher schlägt sie vor, ab 2020 ein makroökonomisches Stabilisierungsinstrument einzuführen. Wie auch das 5-Präsidentenpapier von 2015 postuliert das Reflexionspapier (2017) dafür drei Leitprinzipien: So sollten dauerhafte Transfers ausgeschlossen werden, um Fehlanreize (*Moral Hazard*) zu vermeiden, es soll kein Instrument zur akuten Krisenbewältigung werden und die Inanspruchnahme soll an klar definierte Kriterien, wie die Einhaltung der Maastricht-Kriterien, gekoppelt sein (Juncker u.a. 2015: 17; COM 2017a: 25f.). Im Reflexionspapier werden daher drei konkrete Optionen für eine solche Fiskalkapazität vorgeschlagen: 1.) Eine europäische Investitionsschutzregelung, die die Investitionstätigkeit in Krisen schützen soll; 2.) eine europäische Arbeitslosen-Rückversicherung, die als „Rückversicherungsfonds“ die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme stabilisieren könnte; 3.) ein sogenannter Schlechtwetter-Fonds (Rainy-Day-Fund), der finanzielle Mittel kumulieren könnte, um sie im Krisenfall zur Abfederung makroökonomischer Schocks zu nutzen. Für die Finanzierung eines solchen Stabilisierungsinstrumentes schlägt die Kommission verschiedene Wege vor. So könnte das Stabilitätsinstrument nach Meinung der Kommission etwa durch die Integration in den EU-Haushalt, wodurch dieser deutlich ausgebaut werden müsste, durch nationale Beiträge oder die Fähigkeit zur Kreditaufnahme finanziert werden.

Mit der Offenheit der Finanzierungsvorschläge antizipiert die Kommission die stark divergierenden Positionen zu einem solchen Stabilisierungsinstrument. Vor allem von Frankreich wird eine Fiskalkapazität sowohl in Form eines Eurozonen-Budgets als auch in anderer Form gefordert. Aus *französischer Sicht* ist ein solcher Haushalt notwendig, um die makroökonomischen Konsequenzen einer gemeinsa-

men Währung – wie etwa die eingeschränkte nationale Fiskalpolitik – auszugleichen (MFC 2016). So hatten frühere französische Regierungen mehrfach auf die Einrichtung einer solchen Fiskalkapazität für die Eurozone gedrängt und mit der Ausgabe von Eurobonds auch eine mögliche Finanzierungsquelle vorgeschlagen. Emmanuel Macron machte die Einrichtung eines Euro-Finanzministers mitsamt einem eigenen Budget für Investitionen zu einem seiner Hauptwahlkampfthemen (Syrovatka 2017). Noch im Januar 2017 forderte er zur Finanzierung eine „Kreditaufnahmefähigkeit“ für ein Eurozonenbudget. Zwar distanzierte er sich nach seiner Wahl öffentlich von der Forderung nach einer Vergemeinschaftung bereits bestehender Staatsschulden durch die Ausgabe von Eurobonds, plädierte jedoch weiterhin für gemeinsame Anleihen. Dafür erhielt er vor allem von den südeuropäischen Staaten Unterstützung. Zuletzt plädierte im August 2017 der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy für die Einrichtung eines Eurozonen-Budgets und seine Finanzierung über die Ausgabe von Eurobonds.

Eine solche Fiskalkapazität wird ebenso wie die Ausgabe von Eurobonds von der *deutschen Seite* vehement abgelehnt (BMF 2016, 2017; Eurogroup 2017). Die deutsche Bundesregierung hatte Vorstöße in der Vergangenheit mit Verweis auf die Begünstigung von Fehlanreizen blockiert. So kritisierte das deutsche Finanzministerium auch die Vorschläge des Reflexionspapiers als unausgeglichen (BMF 2017). Der Fokus der Vorschläge sei zu stark auf eine Risikoteilung fokussiert und würde zu wenig Wert auf Subsidiarität und nationale Eigenverantwortung legen. Zugleich seien keine neuen Vorschläge genannt worden, die zu einer engeren Koordinierung der Fiskalpolitik und einer besseren Durchsetzung der Haushaltsregeln beitragen würden. Eine Fiskalkapazität sei derzeit nicht notwendig, vielmehr müsse der Fokus auf der „Einhaltung beziehungsweise Umsetzung der beschlossenen Regeln und Vereinbarungen liegen sowie auf konkreten Maßnahmen zur Lösung der strukturellen Probleme der Volkswirtschaften“ (BMF 2016: 68).

Die Europäische Kommission hatte daher eine Eurozonenlinie im EU-Budget vorgeschlagen, die vor allem zur Durchsetzung von Strukturreformen, aufgrund der vorgeschlagenen Höhe jedoch nicht als Fiskalkapazität dienen soll (Juncker 2017). Diese Ideen wurden dann auch von der deutschen Seite aufgenommen und durch den Vorschlag erweitert, dass ein solches Budget wesentlich die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters garantieren soll (Eurogroup 2017).

## Der Ausbau demokratischer Rechenschaftspflicht

Ein weiterer Punkt der Reformdiskussion umfasst die *demokratische Rechenschaftspflicht* (3) der WWU. Während die Vorschläge im 5-Präsidentenpapier und Reflexionspapier der EU-Kommission unkonkret und als wenig weitreichend zu

beurteilen sind, kamen zahlreiche Impulse von den verschiedenen deutsch-französischen Ministertreffen. Vor allem das von Frankreich geforderte Eurozonen-Parlament taucht in den Papieren der deutsch-französischen Minister mehrfach auf. So plädieren Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault (2016) in ihrem Papier für eine stärkere demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht der WWU und ihrer Institutionen. Beide Außenminister schlagen vor, kurzfristig einen Unterausschuss im Europäischen Parlament einzurichten, dem ein ständiger Präsident der Euro-Gruppe rechenschaftspflichtig wäre. Mittel- bis langfristig soll ein interparlamentarisches Gremium aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der nationalen Parlamente eingerichtet werden, welches die gesamte Euro-Gruppe kontrollieren soll (Steinmeier/Ayrault 2016). Damit knüpft das sogenannte Ayrault-Steinmeier-Papier an das Macron-Gabriel-Papier an, das die Schaffung einer „Eurokammer innerhalb des Europäischen Parlaments“ sowie eines Euro-Kommissars als zusätzliches Exekutivorgan fordert. Letztlich wurde das Konzept eines Eurozonen-Parlaments von Emmanuel Macron auch in sein Wahlprogramm aufgenommen. Macron versteht darunter eine europäische Versammlung der nationalen Abgeordneten in der Eurozone. Konkreter formulierte es Thomas Piketty (2017), der verschiedene Konzepte eines Eurozonen-Parlaments ausarbeitete. Demnach könnte ein solches Parlament sich sowohl nach der Bevölkerungszahl, dem parteipolitischen Kräfteverhältnis als auch nach der Wirtschaftsleistung zusammensetzen.

Auch der weitere Diskussionsverlauf über die Vertiefung der WWU wird stark von deutsch-französischen Vorschlägen geprägt sein. Zur Ausarbeitung eines gemeinsamen deutsch-französischen Fahrplans wurde nach der Wahl von Emmanuel Macron im Mai 2017 eine gemeinsame Arbeitsgruppe beider Finanzministerien eingesetzt. Die sogenannte Schäuble-Le-Maire-Gruppe ist damit beauftragt, gemeinsame Reforminitiativen zur Zukunft der Eurozone in den nächsten zehn Jahren zu erarbeiten. Während die Gewerkschaften von den Verhandlungen ausgeschlossen sind, werden die nationalen Arbeitgeberverbände MEDEF und BDI zentral in die Ausarbeitung der Reformvorschläge miteingebunden (Bundesregierung 2017: 15).

Erste gemeinsame Vorschläge der deutsch-französischen Arbeitsgruppe für eine Reform der WWU werden Anfang des Jahres 2018 erwartet. Letztlich gibt es jedoch mit Blick auf die aktuelle Diskussion keinen Hinweis darauf, dass die französischen Vorschläge zur Vertiefung der europäischen Wirtschaftsintegration nicht wieder von Deutschland blockiert werden. Zwar hat die deutsche Seite einige der Vorschläge aufgenommen, allerdings zugleich ihre Idee der Europäischen Union als Stabilitätsunion in der aktuellen Debatte verteidigt. So werden die Vorschläge für eine fiskalische und politische Union vor dem Hintergrund des Ansatzes der Stabilitätsunion neu interpretiert, sodass sich die Lesart der

einzelnen Reformvorschläge zwischen Deutschland und Frankreich substantiell unterscheidet. Insgesamt scheint dadurch der weitere Verlauf der europäischen Wirtschaftsintegration verstellt und letztendlich gelähmt zu sein: Während Deutschland alle Vorschläge Frankreichs für eine Vertiefung und Weiterentwicklung der Europäischen Integration blockiert, ist Frankreich wirtschaftlich und politisch zu schwach, um Deutschland in eine progressive deutsch-französischen Europapolitik zu zwingen. Dadurch bleibt die Krise in zentralen Dimensionen ungelöst.

## 2. Blockierte europäische Integration – Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems und wachsende Asymmetrie zwischen Frankreich und Deutschland

Wie lässt sich diese aktuelle Lähmung des europäischen Integrationsprozesses erklären? Aus unserer Sicht greift es zu kurz, diese *allein* auf eine übermäßige „sture“ austeritätspolitische Orientierung der deutschen Seite oder die Widersprüche zwischen verschiedenen Traditionen wirtschaftspolitischen Denkens in Deutschland und Frankreich, also zwischen deutschem Ordoliberalismus und französischem Dirigismus zurückzuführen (Clift/Ryner 2014; Bonefeld 2017). Die zentralen Ursachen hinter dieser aktuellen Blockade liegen vielmehr, so unser Argument, in der *wachsenden ökonomischen Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich*, insbesondere als Folge einer grundlegenden Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems innerhalb der europäischen Arbeitsteilung. Diese Schiefelage in der deutsch-französischen Achse hat auch deshalb so weitreichende Konsequenzen, weil der „deutsch-französische Bilateralismus“ (Krotz/Schild 2013) seit jeher das Fundament des europäischen Integrationsprozesses bildete – nicht nur, weil diese beiden Mitgliedsländer am größten und mächtigsten waren und sind, sondern auch, weil sie zwei verschiedene Blöcke von Mitgliedsstaaten repräsentieren, deren Interessen sich in Fragen der Wirtschaftsintegration oftmals diametral entgegenstehen (Kudrna 2017): Deutschland vertritt die Netto-Beitragszahler innerhalb der Eurozone sowie die ins deutsche Produktionssystem integrierte mitteleuropäische Peripherie (v.a. die Slowakei, aber auch Länder außerhalb der Eurozone wie Tschechien, Ungarn und Polen), wohingegen Frankreich die südeuropäischen Mitgliedsländer (bis auf Italien Netto-Empfängerländer) vertritt, deren Volkswirtschaften am heftigsten von der Krise (und der daraufhin implementierten Austeritätspolitik) getroffen wurden (Kauffmann 2013; Bieling 2011).

Sicherlich war die deutsch-französische Achse niemals vollständig symmetrisch. Nach dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton-Woods

und der Freigabe des internationalen Kapitalverkehrs schränkte insbesondere die monetäre Macht der (west-)deutschen Bundesbank den wirtschaftspolitischen Spielraum Frankreichs erheblich ein, was letztlich auch das links-keynesianische Regierungsprojekt unter Mitterrand Anfang der 1980er Jahre zum Scheitern brachte (Cameron 1996; Schneider 2017). Den Kern dieser asymmetrischen Interdependenz bildeten bereits zum damaligen Zeitpunkt strukturelle Importabhängigkeiten der französischen Wirtschaft, die in den 1980ern und 1990ern von kritischen ÖkonomInnen sowohl in Frankreich als auch in Deutschland intensiv untersucht wurden (Deubner u.a. 1992, 1979). Trotz seiner wirtschaftlichen Dominanz innerhalb Europas war Deutschland allerdings politisch zu schwach, um zur europäischen Hegemonialmacht aufzusteigen (Kundnani 2016). So gelang es Frankreich im Gegenzug der französischen Zustimmung zur Wiedervereinigung, Deutschland in eine vertiefte währungspolitische Integration einzubinden, obwohl dies von Seiten der deutschen Bundesbank und des Finanzministeriums zunächst blockiert wurde<sup>11</sup> (Marsh 2011; Stützle 2013).

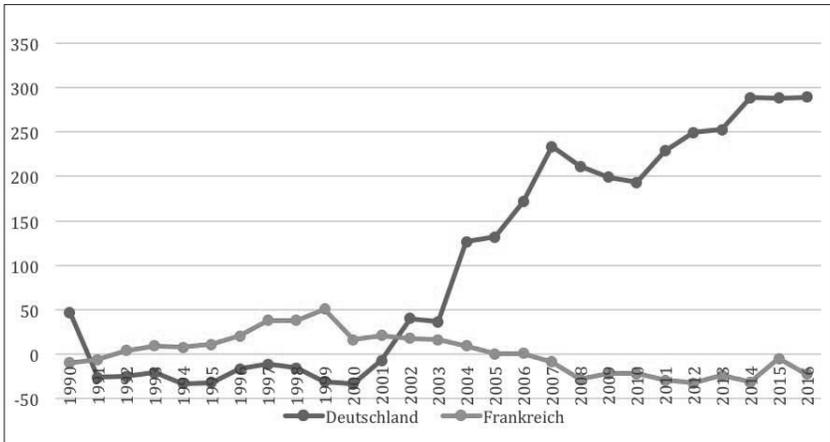
Die Asymmetrie verstärkte sich jedoch im Laufe der Zeit. Obwohl die deutsche Wirtschaft in der ersten Hälfte der 2000er Jahre als „kranker Mann Europas“ galt, nahmen die ökonomischen Asymmetrien zwischen Deutschland und Frankreich bereits vor der Krise zu, wie ein Vergleich der deutschen und französischen Leistungsbilanzentwicklung zeigt (Abb. 2).

Auch das bilaterale französische Handelsbilanzdefizit mit Deutschland wuchs in diesem Zeitraum von 6,7 Milliarden auf 36 Milliarden US-Dollar an (konstante Preise). Obwohl das französische Handelsbilanzdefizit seit der Krise leicht rückläufig ist, hat die Krise die Tendenz einer wachsenden Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich insgesamt verschärft. Seit Beginn der Krise befindet sich Frankreich unter heftigem wirtschaftlichen Druck (Syrovatka 2016: 91ff.), insbesondere weil – wie Frederik Heine und Thomas Sablowski (2015) gezeigt haben – französische Exporte vor der Krise mit 49,6 Prozent weitaus stärker als deutsche Exporte mit nur 42,7 Prozent auf die Eurozone konzentriert waren. Im Zuge der Krise ging die Exportabhängigkeit Frankreichs von der krisengebeutelten Eurozone nur leicht zurück (auf 46,8% im Jahr 2013), während der deutsche Exportsektor seine Abhängigkeit von der Eurozone im Zuge der Diversifizierung deutscher Exporte insbesondere in Richtung *emerging markets* auf nur mehr 37 Prozent reduzieren konnte (ebd.).

---

11 In den weiteren Verhandlungen über die genaue Ausgestaltung der Währungsunion gelang es der Bundesbank, ihre Vorstellungen nahezu eins zu eins im Sinne einer „Übertragung des deutschen Modells auf die europäische Ebene“ (Stützle 2013: 231) durchzusetzen (vgl. auch Schneider 2017: 76ff.).

Abbildung 2: Leistungsbilanzen Frankreichs und Deutschlands  
(in Milliarden US-Dollar, laufende Preise)

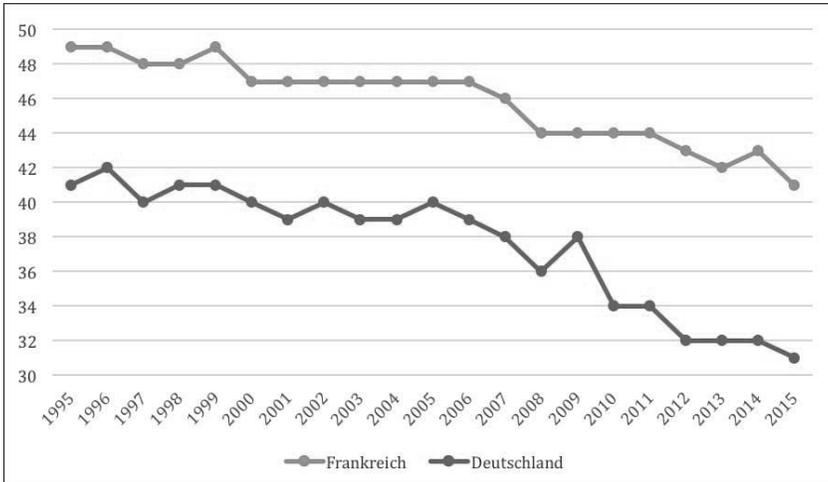


Quelle: Weltbank

Diese Tendenz bestätigt auch ein genauerer Blick auf die Entwicklung des Anteils der sechs größten Volkswirtschaften der Eurozone an den gesamten deutschen bzw. französischen Exporten (dies sind, gereiht nach dem BIP: Frankreich/Deutschland, Italien, Spanien, die Niederlande, Österreich und Belgien) (Abb. 3). Während der Anteil der sechs größten Wirtschaften der Eurozone sowohl bei deutschen als auch an französischen Exporten rückläufig ist, ist dieser Rückgang im Falle Deutschlands deutlich ausgeprägter. Somit hat sich das bereits bestehende Gefälle zwischen Deutschland und Frankreich im Hinblick auf die Abhängigkeit von der Eurozone als Absatzmarkt weiter vergrößert.

Diese hier lediglich oberflächlich betrachteten Trends deuten auf eine grundlegende Re-Organisation und Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems innerhalb der hierarchischen europäischen und internationalen Arbeitsteilung hin. Wie Simonazzi u.a. (2013) gezeigt haben, konnte das deutsche Produktionssystem seit der deutschen Wiedervereinigung seine Verknüpfungen sowohl mit der mitteleuropäischen Peripherie als auch mit den wachsenden Absatzmärkten der aufsteigenden Schwellenländer kontinuierlich ausbauen, während es sich zugleich zunehmend von den stagnierenden südeuropäischen Ökonomien entkoppelte. Durch umfangreiche Direktinvestitionen wurden insbesondere die so genannten „V4“, d.h. die Visegrád-Länder Tschechien, Slowakei, Ungarn und Polen eng in das deutsche Produktionssystem und Exportmodell entlang von Zuliefererketten und transnationalen Produktionsnetzwerken integriert. Länder wie Portugal oder Spanien verloren demgegenüber an Bedeutung für

Abbildung 3: Anteil der sechs größten Volkswirtschaften der Eurozone an den Exporten Deutschlands und Frankreichs (in Prozent)



Quelle: UN (2017)

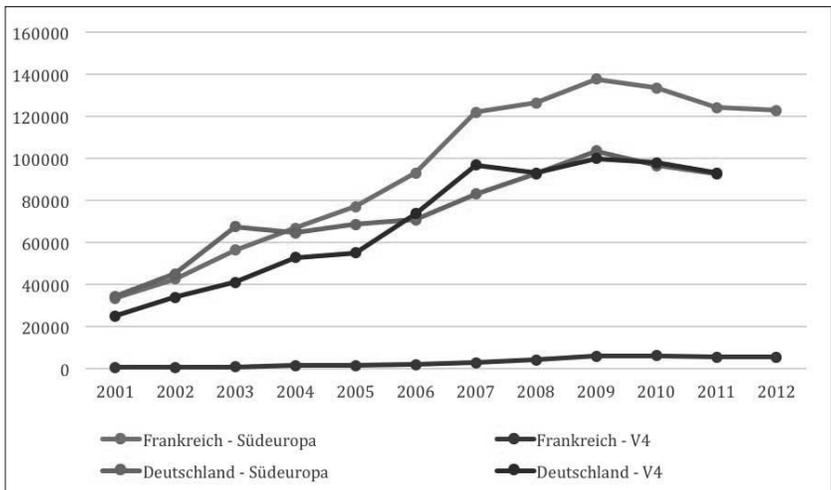
das deutsche Produktionssystem aufgrund ihrer geografischen Entfernung und ihrer vergleichsweise höheren Lohnniveaus (vgl. auch IWF 2013; Danninger/Joutz 2007).

Diese Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems und die damit verbundenen Internationalisierungsmuster treten besonders deutlich hervor, wenn man vergleicht, wie sich die ökonomische Relevanz von Südeuropa (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland) einerseits sowie der Visegrád-Länder andererseits jeweils aus der deutschen und französischen Perspektiven gemessen an den Direktinvestitionen verschoben hat (Abb. 4).

Besonders deutlich zeigt sich hier, dass die Visegrád-Länder aus deutscher Perspektive die ökonomische Bedeutung von Südeuropa im Hinblick auf Direktinvestitionen vollständig aufgeholt haben, obwohl das BIP von Südeuropa jenes der Visegrád-Länder beinahe um ein Vierfaches (!) übersteigt (im Jahr 2016: 3.480 vs. 874 Milliarden US-Dollar). Während sich auch im französischen Fall ähnliche Tendenzen, d.h. eine leicht rückläufige Bedeutung von Südeuropa und ein moderater Bedeutungszuwachs der Visegrád-Länder, beobachten lassen, ist diese Tendenz weitaus weniger ausgeprägt. Für Frankreich behält Südeuropa insgesamt seine herausgehobene wirtschaftliche Bedeutung, während die Visegrád-Länder marginal bleiben.

Einen noch markanteren Eindruck von dieser Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems von Süden nach Osten liefert ein Blick auf die Entwicklung

Abbildung 4: Direktinvestitionsbestände Deutschlands und Frankreichs im Ausland (in Millionen US-Dollar)



Quelle: UNCTAD 2014.

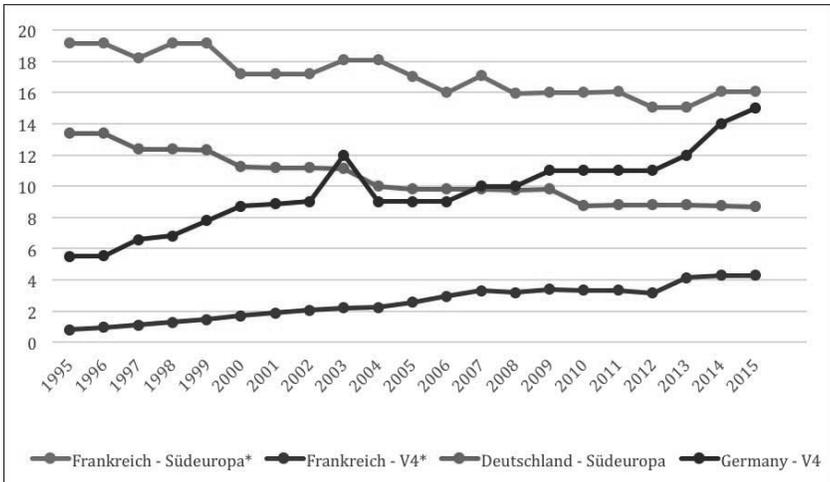
der Importe aus Südeuropa im Vergleich mit Importen aus den Visegrád-Ländern (Abb. 5): Die Importe aus Südeuropa gehen zurück und werden bereits Mitte der 2000er Jahre von Importen aus den Visegrád-Ländern übertroffen. Infolgedessen weitet sich – insbesondere seit Beginn der Krise 2008 – der Abstand nochmals drastisch aus. Inzwischen bilden die Visegrád-Staaten zusammengenommen, gemessen am Warenaustausch, Deutschlands wichtigsten Handelspartner – noch vor China und Frankreich<sup>12</sup>.

Während die Verdreifachung der Importe aus den Visegrád-Ländern deren Integration in das deutsche Produktionssystem entlang von Zuliefererketten widerspiegelt, lässt sich mit Blick auf den Rückgang der Importe aus Südeuropa annehmen, dass die Ausdehnung des Niedriglohnssektors in Deutschland die Nachfrage deutscher KonsumentInnen verstärkt auf Niedrigpreisprodukte aus China und spiegelbildlich von teureren Konsumgütern aus Südeuropa weg verlagerte (Simonazzi u.a. 2013).

Letztlich zeigt sich die Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems, trotz des weiterhin bestehenden hohen gegenseitigen Verflechtungsgrades, auch im direkten Verhältnis zu Frankreich. Der Anteil von Exporten nach Frankreich an den Gesamtexporten Deutschlands ging von 11 Prozent (2000) auf 8 Prozent (2015) zurück, während umgekehrt die Bedeutung des deutschen Absatzmarktes

12 FAZ, 24.10.2017.

Abbildung 5: Importe Deutschlands und Frankreichs aus Südeuropa und aus den Visegrád-Staaten („V4“) als prozentualer Anteil an den gesamten Importen



\*Annäherungen für Griechenland und Slowakei

Quelle: UN (2017)

für die französische Exportwirtschaft konstant blieb (15% der Gesamtexporte im Jahr 2000 und 2015; Quelle: UN (2017)). Die gegenseitigen Direktinvestitionsbestände erreichten 2009 ihren Höhepunkt, seither zeichnet sich eine Entflechtung der Direktinvestitionsbeziehungen ab.<sup>13</sup>

### 3. Schlussfolgerung

Die wachsende ökonomische Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich und die skizzierte Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems innerhalb der europäischen Arbeitsteilung sind aus zwei Gründen zentral für die aktuelle Blockade der europäischen Reformdiskussion. *Einerseits* hat die Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems nicht nur wesentlich zu jenen Ungleichgewichten beigetragen, die in der Eurokrise eskalierten. Sie ist auch ausschlaggebend dafür, dass die deutsche Seite noch stärker als zuvor die französischen Vorstöße in Richtung redistributiver sowie risiko- und schuldenvergemeinschaftender Me-

13 So gingen die französischen Direktinvestitionsbestände in Deutschland von 110 (2009) auf 87 (2011) Milliarden US-Dollar, die deutschen Direktinvestitionsbestände in Frankreich von 67 (2009) auf 60 (2011) Milliarden US-Dollar zurück (Quelle: UNCTAD 2014).

chanismen innerhalb der Eurozone abblockt, obwohl die grundlegenden Widersprüche der Eurozone in der Krise offen zu Tage traten: Wenn sich die Tendenz in Richtung Abkopplung des deutschen Produktionssystems von Südeuropa sowie die Re-Orientierung nach Osten und in Richtung der *emerging markets* fortsetzt, wird die Eurozone als Ganzes und die Stabilisierung der südeuropäischen Ökonomien im Besonderen aus deutscher Sicht zunehmend an Bedeutung verlieren. Die Eurozone folgt also nicht der lange erwarteten Entwicklung einer zunehmenden Verflechtungstiefe und Konvergenz, sondern vielmehr einem ungleichen Entwicklungsmuster von Integration, Desintegration und Polarisierung (Gräbner u.a. 2017). Zumindest aus ökonomischer Sicht könnte die Aufrechterhaltung der Eurozone *in ihrer bestehenden Form* daher für Deutschland mittelfristig eher belastend als vorteilhaft sein. Dadurch würde auch das bisherige deutsch-französische Kompromissmuster – Ausweitung europäischer Kapazitäten im Gegenzug zu stärkerer supranationaler Kontrolle nach deutschen Bedingungen – an Tragfähigkeit verlieren, zumal die Kosten der Bearbeitung dieser Widersprüche angesichts der zunehmenden Polarisierung im Euroraum eher steigen als fallen werden. *Andererseits* wird es aufgrund der wachsenden Asymmetrie zunehmend unwahrscheinlich, dass die französische Regierung, zusätzlich geschwächt durch das schwindende ökonomische Gewicht Südeuropas, auch nur einzelne ihrer im entferntesten Sinne progressiven Reformvorschläge durchsetzen können wird.

Sicherlich relativieren sich diese Entwicklungen, wenn man im Rahmen eines größeren Zusammenhangs weitere Momente in den Blick nimmt. Ökonomische Entwicklungstendenzen und Interessen allein können den Verlauf des europäischen Integrationsprozesses nicht umfassend erklären, ist er doch zugleich durch politische und ideologische Momente überformt. Daher ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich in anderen Bereichen der europäische Integrationsprozess dynamischer entwickelt. Insbesondere die Herausbildung einer gegenüber den USA unter Trump zunehmend eigenständigen europäischen Geo- und Militärpolitik könnte dem Integrationsprozess neue Dynamik verleihen, existieren in diesem Bereich doch kongruente politische, ökonomische und kulturelle Interessen. Daraus könnten sich wiederum, um einen Begriff aus dem integrationstheoretischen Mainstream zu bemühen, sogenannte Spill-over-Effekte auf den Bereich der Wirtschafts- und Währungsintegration ergeben. Selbst im Bereich der Wirtschafts- und Währungsintegration wird aus deutscher Sicht der Nutzen des Euro, als globaler Währung mit weitaus gewichtigerer internationaler Stellung als die D-Mark, dessen Kosten noch länger überwiegen – nicht zuletzt deshalb, weil der deutsche Exportsektor von der Unterbewertung des Euro im Verhältnis zum deutschen Preisniveau ausgesprochen profitiert. Dessen massive Abhängigkeit von effektiver Nachfrage aus dem Ausland könnte wiederum auch zu einer Rück-Orientierung auf den europäischen Binnenmarkt beitragen, wenn

die Wachstumsdynamik der *emerging markets* erlahmt oder deren Nachfrage nach deutschen Autos mit Verbrennungsmotoren schneller als die Umstellung der deutschen Automobilindustrie auf Elektromobilität einbricht.

Dennoch begründet die aktuelle Blockade der Reformdiskussion vor dem Hintergrund der wachsenden Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich und die Re-Orientierung des deutschen Produktionssystems von Süden nach Osten grundlegende Zweifel an all jenen progressiven Strategien, die weiterhin in erster Linie auf Reformoptionen auf europäischer Ebene mit dem Ziel einer „anderen“, „solidarischen“ EU setzen (vgl. z.B. Pianta u.a. 2017) und dabei letztlich ihre Hoffnungen auf eine französische Einhegung Deutschlands legen müssen. Um der damit verbundenen politischen Selbstlähmung zu entgehen, müssen Spielräume unterhalb der und quer zur europäischen Ebene im Sinne eines „strategischen Ungehorsams“ genutzt und ausgeweitet werden (Mittendrein/Schneider 2017, vgl. zur aktuellen europapolitischen Diskussion in der Linken auch Candeias/Demirović 2017). Das würde bedeuten, dass linke Kräfte bei entsprechenden Kräfteverhältnissen in einzelnen Mitgliedsländern oder Regionen progressive Politiken wie Investitionen in die öffentliche Infrastruktur oder Rekommunalisierungen im Zweifel auch gegen haushaltspolitische oder wettbewerbsrechtliche Vorgaben der europäischen Ebene durchsetzen.

## Literatur

- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism. In: *Competition and Change* 16(3), 169-87.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsgagenda der EU. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 41(2): 173-194.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): Internationalisierung, Integration und politische Regulierung. In: Jachtenfuchs/Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*. Wiesbaden: 481-511.
- Bonefeld, Werner (2017): Authoritarian Liberalism. From Schmitt via Ordoliberalism to the Euro. In: *Critical Sociology* 43(4-5): 747-761.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 37(147): 217-234.
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2016): Monatsbericht September 2016. Berlin. URL: <http://bit.ly/2vPpCYD>. Zugriff: 18.10.2017.
- (2017): Monatsbericht Juli 2017. Berlin. URL: <http://bit.ly/2vOWsc9>. Zugriff: 18.10.2017.
- Bundesregierung (2017): Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Französischen Ministerrat. Berlin/Paris.
- Busch, Klaus/Troost, Axel/Schwan, Gesinde/Bsirske, Frank/Bischoff, Joachim/Schrooten, Mechthild/Wolf, Harald (2016): Europa geht auch solidarisch. Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg.
- Cameron, David (1996): Exchange Rate Politics in France, 1981 – 83: The Regime defining Choices of the Mitterrand Presidency. In: Daley, Anthony (Hg.): *The Mitterrand era. Policy alternatives and political mobilization in France*. Basingstoke: 56-82.

- Candeias, Mario/Demirović, Alex (Hg.) (2017): Europe – what's left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung. Münster.
- Clift, Ben/Ryner, Magnus (2014): Joined at the hip, but pulling apart? Franco-German relations, the Eurozone crisis and the politics of austerity. In: *French Politics* 12(2): 136–163.
- Danninger, Stephan/Joutz, Fred (2007): What Explains Germany's Rebounding Export Market Share? IMF Working Paper WP/07/24. Washington D.C.
- Deubner, Christian/Rehfeldt, Udo/Schlupp, Frieder (1992): Franco-German Economic Relations within the International Division of Labour: Interdependence, Divergence or Structural Dominance? In: Graf, William D. (Hg.): *The Internationalization of the German Political Economy. Evolution of a Hegemonic Project*. International Political Economy Series. London/s.l.: 140–186.
- Deubner, Christian/Rehfeldt, Udo/Schlupp, Frieder/Ziebur, Gilbert (1979): Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion. Frankfurt/Main.
- Enderlein, Henrik/Haas, Jörg (2015): What would a European finance minister do? A proposal. Jaques Delors Institute Berlin. Policy Paper 145. Berlin.
- Enderlein, Henrik/Letta, Enrico/Geus, Aart de (2017): Seizing the moment for euro area reform: a three-step action plan. LSE European Politics and Policy (EUROPP). London. URL: <http://bit.ly/2wPVwBh>. Zugriff: 18.10.2017.
- Enderlein, Henrik/Pisani-Ferry, Jean (2014): Reforms, Investment and Growth: An agenda for France, Germany and Europe. Report to Sigmar Gabriel and Emmanuel Macron. Berlin/Paris.
- Eurogroup (2017): Non-paper for paving the way towards a Stability Union. Brüssel.
- Europäische Kommission (COM) (2017a): Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. COM(2017) 291. Brüssel.
- (2017b): Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 : Überlegungen und Szenarien. COM(2017) 2025. Brüssel.
- Europäischer Rat (ER) (2017): Die Erklärung von Rom. 60. Jahrestag der Römischen Verträge. Rom.
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2017): Is Europe Disintegrating? Macroeconomic Divergence, Structural Polarization, Trade and fragility. ICAE Working Paper Series – No. 64, Linz.
- Grahl, John (2017): Debate on the Eurozone: a New Contribution from France. Notes on Aglietta and Leron, The Double Democracy: a Political Europe for Growth. EuroMemo Discussion Paper 01/2017. Brüssel.
- Hall, Stuart (2012): Das „Politische“ und das „Ökonomische“ in der Marxschen Klassentheorie. In: Ders. (2012): *Ausgewählte Schriften*. Bd. 1. Berlin: 11–55.
- Hacker, Björn (2015): Die Zukunft der Eurozone. Der Fünf-Präsidenten-Bericht orientiert sich an Schäubles Stabilitätsunion. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Heine, Frederic/Sabloski, Thomas (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaften* 45(4): 563–592.
- Hölschi, René (2017): Neues Leben auf der Baustelle Währungsunion. In: *Neue Züricher Zeitung*, 27.5.2017. URL: <http://bit.ly/2vOYbhQ>. Zugriff: 18.10.2017.
- Internationaler Währungsfonds (IWF) (2013): German-Central European Supply Chain – cluster report. Washington D.C.
- James, Harold (2017): A Window of Opportunity to Save Europe. In: *Handelsblatt Global*, 26.4.2017. URL: <http://bit.ly/2frGTQE>. Zugriff: 18.10.2017.
- Jessop, Bob (1990): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*. Pennsylvania.
- Juncker, Jean-Claude (2017): Rede zur Lage der Union 2017. Brüssel.

- Juncker, Jean-Claude/Tusk, Donald/Dijsselbloem, Jeroen/Draghi, Mario/Schulz, Martin (2015): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden. Brüssel.
- Kauffmann, Pascal (2013): Deutschland, Frankreich und die Europäische Währungsunion. In: Koopmann, Martin/Schild, Joachim/Stark, Hans (Hg.): Neue Wege in ein neues Europa. Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges. Genshagener Schriften – Europa politisch denken, Bd. 1. Baden-Baden: 55–73.
- Krotz, Ulrich/Schild, Joachim (2013): Shaping Europe. France, Germany, and embedded bilateralism from the Elysée Treaty to twenty-first century politics. Oxford.
- Kudrna, Zdenek (2017): Searching for EMU reform consensus. European Policy Brief. Salzburg.
- Kundnani, Hans (2016): Die Geschichte kehrt zurück: Deutschlands fatale Rolle in Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 60(2): 64–74.
- Leggewie, Claus (2017): Frankreich oder: Die Renaissance der »zweiten Linken«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 61(7): 49–54.
- Macron, Emmanuel (2017): Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique. Paris. URL: <http://bit.ly/2wYs5MF>
- Marsh, David (2011): The Euro. The Battle for the New Global Currency. New Haven.
- Ministres de Finances et Comptes publique (MFC) (2013): Un budget pour la zone euro. Trésor-Éco. Nr. 120. Paris.
- (2016): Vers un meilleur pilotage de l'orientation budgétaire de la zone euro? Trésor-Éco. Nr. 163. Paris.
- Mittendrein, Lisa/Schneider, Etienne (2017): Strategischer Ungehorsam. In: Attac Austria (Hg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist. Wien: i.E.
- Parker, Owen/Pye, Robert (2017): Mobilising social rights in EU economic governance. A pragmatic challenge to neoliberal Europe. In: Comparative European Politics 38(5): 601.
- Pianta, Mario/Lucchese, Matteo/Nascia, Leopoldo (2017): What is to be produced? The making of a new industrial policy in Europe. In: Progressive industrial policy for the EU? Outmanoeuvring Neoliberalism. Brüssel: 5–16.
- Piketty, Thomas (2017): A quoi ressemblerait une Assemblée de la zone euro? Le Monde Blog. URL: <http://bit.ly/2vPvhlh>. Zugriff: 18.10.2017.
- Schneider, Etienne (2017): Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro. Hamburg.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2017): Der Fünf-Präsidenten-Bericht – die »Vollendung« des europäischen Desintegrationsprozesses? In: Leviathan 45(1): 55–80.
- Simonazzi, A./Ginzburg, A./Nocella, G. (2013): Economic relations between Germany and southern Europe. In: Cambridge Journal of Economics 37(3): 653–675.
- Steinmeier, Frank-Walter/Ayrault, Jean-Marc (2016): Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt. Berlin/Paris.
- Stützle, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.
- Syrovatka, Felix (2016): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung. Research. Wiesbaden.
- (2017): Die Rückkehr der Modernisten. ONLINE Publikation 06/2017. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin. URL: <http://bit.ly/2pL00Jb>. Zugriff: 18.10.2017.
- United Nations (UN) (2018): Comtrade Database. New York.
- United Nations Conference on Trade and Development (2014): Bilateral FDI Statistics. Genf.
- Vogel, Steffen (2017): Merckels Schwäche, Macrons Niederlage? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 61(10): 9–12.